

Strolz und die Kontroversen um Bildung: Freunderlwirtschaft oder Expertise?

NEOS-Chef Strolz warnt vor sozialen Problemen in Wien. FPÖ kritisiert die Stadtregierung und fordert Maßnahmen gegen Massenmigration.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Der ehemalige NEOS-Chef Matthias Strolz sorgt derzeit für Aufregung in Wien, nachdem er vor einem „Notstand“ und „sozialem Sprengstoff“ aufgrund der Masseneinwanderung gewarnt hat. Diese Aussagen stehen in direktem Widerspruch zu denen seines Parteifreunds, des NEOS-Vizebürgermeisters Christoph Wiederkehr, der Strolz für die Errichtung eines „Zentrums für Bildungsinnovation“ beratend zur Seite steht. Für diese sechsmonatige Beratertätigkeit erhält Strolz bis zu 30.000 Euro, was die Wiener FPÖ und ÖVP auf den Plan rief, die Allegationen von „Freunderlwirtschaft“ zu äußern, da Wiederkehr einen Parteikollegen auf eine solch hochdotierte Stelle gesetzt hat, wie **nachrichten.at** berichtete.

FPÖ-Obmann Dominik Nepp kritisierte die Vorgehensweise der Wiener SPÖ und verwies auf die verheerenden Zustände in Wien, die seiner Meinung nach durch die fehlgeleitete Einladungspolitik von Bürgermeister Ludwig noch verstärkt wurden. Strolz' Warnungen untermauern für Nepp die seit Jahren aufgestellten Behauptungen seiner Partei über die negativen Folgen der Einwanderungspolitik. Er betonte, dass die FPÖ entschlossen dafür eintrete, den Massenansturm von Asylwerbern zu stoppen, und kündigte an, dass er alle Sozialleistungen für Asylberechtigte sofort streichen wolle, sollte er nach der Wien-Wahl 2025 Bürgermeister werden. Nepp

fordert Sicherheit und Ordnung in den Wiener Schulen, Straßen und Nachbarschaften, was laut ihm nur mit einer starken FPÖ möglich sei, so die Aussagen von **apa.at**.

Inmitten dieser politischen Spannungen bezieht das Büro Wiederkehr Stellung und verteidigt die Entscheidung, Strolz als Berater einzustellen. Wiederkehr bekräftigte die Transparenz des Verfahrens und hob Strolz' Expertise im Bildungsbereich hervor, die aus seiner vorherigen Engagement als Unternehmensberater resultiert. Diese Verteidigung scheint jedoch die Kritik der Opposition nicht zu besänftigen, die weiterhin fordert, dass sich die Verantwortlichen auf die tatsächlichen Probleme in der Bildung konzentrieren sollten. Die Kontroversen rund um die Vergabe dieser Beraterstelle zeigen, wie tief die Konflikte zwischen den politischen Fraktionen in Wien reichen und welche zukunftssträchtigen Herausforderungen noch vor ihnen liegen.

Details	
Vorfall	Politik
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.nachrichten.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at